



**Netzwerk
Friedenskooperative**
Network of the German Peace Movement

Leseprobe
FriedensForum 2/2016
"Weißbuch 2016"

Hier anbei eine kleine Leseprobe mit ausgewählten Beiträgen aus dem aktuellen FriedensForum, Heft 1/2016.

Wir haben ausgewählt:

Redaktion:

Zum Abschied von einem streitbaren Pazifisten (im Heft, Seite) 3

Netzwerk Friedenskooperative:

Ostermärsche 2016 – Friedenslogik statt Kriegslogik (im Heft, Seite) 7

Elise Kopper:

Prävention als (vernachlässigte?) Aufgabe von Außenpolitik (im Heft, Seite) 29

Elisabeth Strohscheidt:

**Gewaltprävention und zivile Konfliktbearbeitung als
Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit** (im Heft, Seite) 31

Bestellmöglichkeit letzten Seite. Kosten: Einzelheft 4,50 EUR zzgl Porto, ab 5 Ex 3 EUR

Für die Redaktion

Kristian Golla, Philipp Ingenleuf

F R I E D E N S
Forum
ZEITSCHRIFT DER FRIEDENSBEWEGUNG



Weißbuch 2016

**& Zum Gedenken an Andreas Buro
Usbekistan und Kurdistan**

2/2016

Zeitschrift der
Friedensbewegung
März/April 2016
29. Jahrgang
€ 4,50
G 9616

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Für 2016 hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ein neues „Weißbuch“ angekündigt, das die sicherheitspolitische Situation Deutschlands analysieren und daraus Aufgaben für die Bundeswehr ableiten soll. Das ist Grund genug für die Redaktion des FriedensForums, dieses Thema als Schwerpunkt dieses Heftes aufzugreifen.

Inzwischen ist Bewegung in die Debatte gekommen. Die Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg im Januar hat in einem Papier unter dem Titel „Weißbücher haben ausgedient! Plädoyer für ein friedens- und sicherheitspolitisches Grundlagendokument der Bundesregierung“ vorgelegt.

Verteidigungsministerin von der Leyen hat hingegen der Weißbuch-Debatte über Zielsetzungen der Bundeswehr vorgegriffen und die Forderung nach Ausgaben für Anschaffungen von militärischem Gerät in Höhe von 130 Milliarden für die nächsten 15 Jahre aufgestellt.

Für die Friedensbewegung bietet sich jetzt die Chance, ihre vielfältigen Überlegungen zur Zivilen Konfliktbearbeitung in ein Gegenkonzept zum regierungsamtlichen Weißbuch zusammenzufassen. Gerne hätten wir diesen Schwerpunkt mit einem ausführlichen Beitrag unseres langjährigen Autors Andreas Buro zur derzeitigen friedenspolitischen Situation Deutschlands eröffnet. Doch Andreas Buro verstarb am 19. Januar und hinterlässt für die Friedensbewegung in Deutschland eine große Lücke.

Für die Redaktion:

Otmar Steinbicker

Inhalt

Im Blickpunkt

Redaktion: **Zum Abschied von einem streitbaren Pazifisten** 3

Initiativen

Reiner Braun: **Syrien-Krieg: Nicht in unserem Namen** 4

Gisela Dulfer: **Syrienproteste in Bonn** 5

Netzwerk Friedenskooperative: **Ostermärsche 2016 – Friedenslogik statt Kriegslogik** 7

Hannah Brock: **15. Mai: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung** 8

Christiane Lammers: **Plattform Zivile Konfliktbearbeitung** 10

Detlev Besier: **Keinen Drohnen in Ramstein** 11

Grundrechtemitee: **Mit Kriminalstrafen gegen AtomwaffengegnerInnen** 12

Krisen und Kriege

Umida Niyazova: **Reichtum der Regierung: Usbekistans Baumwolle** 13

Menschenrechtsorganisationen: **Replay: Wildes Kurdistan?** 14

Münchhausen

Matthias Jochheim: **Männliche Aggressivität die Ursache von Kriegen?** 16

Hintergrund

Kasseler Friedensratschlag: **Friedenspolitische Forderungen 2016** 17

Christine Schweitzer: Buchhinweis: **David Hartsough – Lebenserinnerungen** 19

Christine Schweitzer: Buchhinweis: **Frieden schaffen in einer globalisierten Welt** 19

Christine Schweitzer: **Buchbesprechung: Wagnis Solidarität** 20

Martin Singe: **Meer. Für Dich. Marine rettet Wohlstand.** 21

Schwerpunkt: Weißbuch 2016

Otmar Steinbicker: **WEISSBUCH zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr** 22

Andreas Buro: **Deutschlands Verantwortung für den Frieden?** 23

Christine Buchholz: **Grenzenlose Interessen, grenzenloser Krieg** 25

Otmar Steinbicker: **Weißbuch 2006 – Ein Rückblick auf gescheiterte Strategien** 27

„Weißbücher“ haben ausgedient! (IFSH) 28

Elise Kopper: **Prävention als (vernachlässigte?) Aufgabe von Außenpolitik** 29

Elisabeth Strohscheidt: **Gewaltprävention und zivile Konfliktbearbeitung als Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit** 31

Wiltrud Rösch-Metzler: **Initiativen für eine neue Entspannungspolitik** 33

Gemeinsame Erklärung: **Für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik JETZT!** 35

Christine Schweitzer: **Wege zu einer gewaltfreien Politik** 37

Titelfoto: Atomwaffenkuh
in Bell (Hunsrück) //
Foto: Christine Schweitzer

Beilagen: Plakat –
5 Jahre Fukushima,
30 Jahre Tschernobyl
von **ausgestrahlt**
Beiheft zum Gedenken
an Andreas Buro

ZITAT

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“

Egon Bahr 2013 (2013: http://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-Egon-Bahr-schockt-die-Schueler-Es-kann-Krieg-geben-_arid,18921.html) (04.12.2013)

Nachruf: Andreas Buro

Zum Abschied von einem streitbaren Pazifisten

Redaktion

Der Friedensforscher und streitbare Pazifist Andreas Buro ist am 19. Januar im Kreise seiner Kinder und seiner Partnerin Ursula friedlich eingeschlafen.

Wir trauern um einen Freund und Mitstreiter, der Jahrzehnte der Friedensbewegung geprägt hat wie kaum ein anderer. Geboren am 15. August 1928 in Berlin, Quereinsteiger in die Politikwissenschaft, war Andreas Buro mit zahlreichen Organisationen und Initiativen der westdeutschen Friedensbewegung verbunden. Es fing an mit seinem Engagement in der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) und in der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ in den 50er Jahren, es folgte die Ostermarschbewegung, außerparlamentarische Opposition gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg, Mitgründung des Sozialistischen Büros und der Zeitschrift „links“, 1980 dann die Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie, dessen friedenspolitischer Sprecher er bis zu seinem Tode war. Er war eine der Schlüsselfiguren der Friedensbewegung gegen die neuen Atomwaffen in den 1980er Jahren, auch damals darauf bedacht, den Protest und Widerstand gegen die nukleare „Nachrüstung zu verbinden mit dem Aufzeigen von Alternativen.

Der grenz- und blockübergreifende Charakter dieser Bewegung lag ihm besonders am Herzen. Die internationale Zusammenarbeit war stets ein Schwerpunkt seiner Aktivitäten, beginnend mit seinem Engagement bei der Organisierung des Friedensmarsches San Francisco – Moskau 1961 und der Mitbegründung der „International Confederation for Disarmament and Peace“ und der World Peace Brigades, über die Mitgründung der „Helsinki Citizens' Assembly“ bis zur Gründung des Dialog-Kreises für türkisch-kurdische Verständigung und für eine politische Lösung des Kurdenkonflikts im Jahre 1995.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1989 wurde Andreas Buro einer der Gründer der Helsinki Citizens' Assembly (HCA), eines Netzwerkes von demokratischen Basisgruppen in den KSZE

(später: OSZE)-Staaten. Er engagierte sich für Flüchtlinge, gegen den Irakkrieg und mit der HCA und dem Komitee für eine grenzüberschreitende Friedensarbeit im ehemaligen Jugoslawien. Zusammen mit anderen aus der deutschen Friedensbewegung gründete er 1992 den Verein „Den Winter überleben“ (später: „Den Krieg überleben“), der bosnischen Flüchtlingen in Deutschland Zuflucht verschaffte. Bis zuletzt war Andreas Buro der Mittelpunkt des Dialog-Kreises und Herausgeber seiner „Nützlichen Nachrichten“.

Andreas Buro war die Benennung von politischen Alternativen zu Rüstung und Militär, die Zivile Konfliktbearbeitung, genauso wichtig wie der widerständige Kampf gegen Kriege und Gewalt. Das rührte aus seiner Überzeugung, dass man die Menschen für die Sache des Friedens und des Pazifismus nur gewinnen kann, wenn glaubwürdig und nachvollziehbar dargelegt wird, wie denn ohne Rückgriff auf Waffen und Militär die vielfältigen Konflikte unserer Zeit bearbeitet und einer Lösung zugeführt werden können. In der 2006 begonnenen Dossier-Reihe des „Monitoring-Projektes“, herausgegeben von der Kooperation für den Frieden, hat Andreas Buro alternative politische Konfliktlösungen ausgearbeitet, u.a. zum Afghanistan-Krieg, zum Iran-Konflikt, zum türkisch-kurdischen und zum Israel-Palästina-Konflikt, und zuletzt auch zum Krieg in Syrien und den Anforderungen an eine umfassende Friedenslösung in Nah-Mittel-Ost. Die bundesweite Kooperation für den Frieden hat er seit ihrer Gründung 2003 begleitet, kritisch unterstützend, immer anregend und freundlich zuhörend, jederzeit bereit zur Diskussion.

Die von ihm initiierte „Münchhausen“-Initiative veröffentlichte jeden Monat eine ‚Lügengeschichte‘ – Geschichten der großen und kleinen Kriegslügen, mit denen die Menschen zur Gewalt gegeneinander verführt wurden. Für das

Friedensforum wie für zahlreiche andere Friedenszeitschriften war er regelmäßiger und geschätzter Autor – es gab kaum ein Heft ohne einen Artikel von ihm, so auch noch in dieser Ausgabe hier.

Andreas Buro wurde für seine friedenspolitische Arbeit 2008 mit dem Aachener und 2013 mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet.

In seinem Buch über die Friedensbewegung „Totgesagte leben länger“ schrieb Andreas Buro: „Sicher ist der Weg zu einer solidarischen Weltgesellschaft ein unendlicher Weg. Wir werden niemals das Ziel ganz erreichen. Deshalb wird zu Recht gesagt, der Weg sei das Ziel, will sagen: Auf dem Weg erreichen wir nur Teilziel um Teilziel. Natürlich verirren wir uns auch, aber wir haben Chancen, zurückzufinden und dann den Weg wieder aufzunehmen. Wäre es nicht ein großartiges und bedeutendes Etappenziel, militärische Gewalt aus dem Arsenal menschlich-unmenschlicher Instrumente auszuklammern? (...) der Weg, über den wir hier sprechen, (kann) ein sehr erfülltes, ereignisreiches und sinnvolles Leben bedeuten.“ (Andreas Buro: Totgesagte leben länger – Die Friedensbewegung. Idstein 1997, S. 204f.). Ein solches Leben hat Andreas Buro bis zum Ende geführt.

Seine MitstreiterInnen haben Andreas versprochen, seine Arbeit fortzusetzen. Andreas Buro können wir nicht ersetzen, aber das, was er angestoßen hat, werden wir so gut, wie wir es können, weiterführen.

Die Redaktion des FriedensForums:
Kristian Golla, Philipp Ingenleuf, Christine Schweitzer, Martin Singe, Otmar Steinbicker, Renate Wanie, in Zusammenarbeit mit Volker Böge (Grundrechtkomitee) und unter Zitation eines Absatzes aus einer von Ulrich Frey verfassten Besprechung von Andreas Buros Lebenserinnerungen.

Ostermärsche 2016: Friedenslogik statt Kriegslogik

Netzwerk Friedenskooperative

Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradtouren, Wanderungen und Friedensfesten wird die Friedensbewegung an den Ostertagen erneut darauf aufmerksam gemacht, dass die Flucht Hunderttausender nach Europa Ursachen hat. Ursachen, für die die Politik Deutschlands mitverantwortlich ist.

Die Bundeswehreinheiten im Vorderen Orient oder in Afrika und Waffenlieferungen in Krisenregionen sind nicht Teil einer Lösung für diese Konflikte. Sie machen Deutschland zu einem Teil des Problems. Die vorgeblichen „Stabilisierungspartner“ der Bundesregierung erweisen sich immer häufiger als gefährliche Brandstifter. Weder Saudi Arabien noch die Türkei leisten Beiträge zur friedlichen Konfliktbearbeitung – das Gegenteil ist der Fall.

Größere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Jahr auch die Bemühungen der Großen Koalition, wieder deutlich mehr Geld für Rüstung und Militär auszugeben. Eine größere Bundeswehr und neue Geschenke an die Rüstungsindustrie sind kein Beitrag zum Frieden. Jeder Euro, der dafür zusätzlich ausgegeben wird, fehlt

da, wo er wirklich wirksam wäre: Bei der Bekämpfung der Flucht- und Kriegsursachen, der Integration der Geflohenen bei uns, bei der zivilen Krisenprävention und bei der Konversion der Rüstungsindustrie in Deutschland, für die der Waffenexport heute das Standbein ist.

Natürlich werden die Ostermärsche auch 2016 wieder auf traditionelle Anliegen der Friedensbewegung hinweisen. Dazu gehören zum Beispiel die Ächtung atomarer Waffen und der Abzug dieser Waffen aus Deutschland. Dieses Thema begleitet die Ostermärsche von Anfang an.

Das Netzwerk Friedenskooperative rechnet auch in diesem Jahr wieder mit 60 und mehr Veranstaltungen. So ist unter anderem nach mehreren Jahren wieder ein Ostermarsch in Köln geplant, aber auch in

vielen weiteren großen Städten, allen voran Berlin.

Die Ostermärsche finden traditionell in regionaler und lokaler Verantwortung statt.

Das Netzwerk Friedenskooperative hat eine Terminübersicht 2016 zusammengestellt:

<http://ostermarsch.friedenskooperative.de/node/1?para=all> oder auch www.ostermarsch-info.de

Hier werden auch nach dem Ostermarsch die Texte der RednerInnen zu finden sein.

BUNDESWEHR

Bundeswehrauftritte und weitere Termine 2016

Die Terminliste der öffentlichen Auftritte der Bundeswehr wird immer länger. Dank der Fraktion Die Linke wird die Liste regelmäßig auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hier geht es zu der PDF:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/070/1807032.pdf>.

Zwei der wichtigsten Lobbygruppen der bundesdeutschen Militärpolitik haben ihre Jahresprogramme und Termine für 2016 veröffentlicht: Jede Menge Events, die sich der Zuwendung von Friedensgruppen erfreuen würden: Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik zusammen mit ihrer Studiengesell-

schaft: www.dwt-sgw.de; Förderkreis Deutsches Heer: www.fkhev.de. In beiden Vereinen sind Politik und Industrie eng verflochten. Die Mitgliederversammlungen dieser ehrenwerten Gesellschaften finden am 10.5. in Bonn (Wehrtechnik) und am 8.6. in Berlin (Förderkreis Heer) statt.

Weitere wichtige Industrie-Militär-Termine: Rheinmetall-HV: 10. 5. in Berlin; ILA 31.5. – 5.6. Berlin.

Und nicht zu vergessen: am 11. Juni 2016 ist wieder bundesweit „Tag der Bundeswehr“.

MILITÄRFEIERN

Tag der Bundeswehr

Bislang sind 16 Standorte bekannt, an denen am **11. Juni 2016** der „Tag der Bundeswehr“ begangen wird. Dabei sind auch wieder Innenstädte:

- » Hohn
- » Wilhelmshaven
- » Rostock-Warnemünde
- » Hamburg
- » Munster
- » Bückeburg
- » Schlieben / bei Leipzig
(in der Öffentlichkeit)
- » Frankenberg
- » Erfurt (in der Öffentlichkeit)
- » Bonn (in der Öffentlichkeit)
- » Koblenz (teilweise
in der Öffentlichkeit)
- » Trier
- » Veitshöchheim
- » Stetten am kalten Markt
- » Neuburg an der Donau
- » München

Zweitens bedarf es einer gewissenhaften Einzelfallprüfung, die die jeweils besonderen Konfliktumstände berücksichtigt, bevor über Maßnahmen entschieden wird. Drittens heißt es, Erfolgsaussichten unterschiedlicher Handlungsoptionen realistisch einzuschätzen. Und viertens müssen Ausstiegsszenarien durchdacht werden – nicht zuletzt auch, um der Notwendigkeit Nachdruck zu verleihen, in Konfliktgebieten möglichst schnell zu selbsttragenden Lösungen zu kommen, die auch ohne Interventionskräfte funktionieren.“

» Der nächste Punkt ist, dass Deutschlands Verpflichtung für den Frieden zudem bedeute, „den Aufstieg neuer Mächte insbesondere – aber nicht nur – in Asien friedensverträglich zu begleiten. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene internationale Ordnung ist in ihrer gegenwärtigen Gestalt nämlich nicht mehr zeitgemäß und bedarf der dringenden Reform, soll sie weltweit Akzeptanz finden. Das gilt z. B. in Bezug auf die Zusammensetzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen oder die Stimmrechtsverteilung im Internationalen Währungsfonds.“

» Der letzte, damit zusammenhängende Aspekt, ist, eine global größere Verteilungsgerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis zu schaffen.

Dieses Papier ist sicherlich kein Grundsatzdokument aus der Friedensbewegung. Aber es greift sehr viele Punkte auf, die den Analysen und Forderungen der Friedensbewegung entsprechen oder zumindest nahe kommen. Es wäre ihm zu wünschen, dass es auch in den zuständigen Ressorts der Bundesregierung gelesen und Beachtung finden würde.

Das Papier verantworteten: Detlef Bald, Jörg Barandat, Agnieszka Brugger, Michael Brzoska, Peter Buchner, Hans-Georg Ehrhart, Jana Hertwig, Sabine Jaberg, Martin Krüger, Berthold Meyer, Burckhardt Müller-Sönksen, Reinhard Mutz, Winfried Nachtwei, Bernhard Rinke, Claus von Rosen, Paul Schäfer, Michael Staack. Es kann unter folgender Adresse heruntergeladen werden: http://ifsh.de/file-IFSH/IFSH/pdf/aktivitaeten/BW-Kommission_Weissb%C3%BCher.pdf

Diese Zusammenfassung wurde von der Redaktion des FriedensForums erstellt.

Prävention als (vernachlässigte?) Aufgabe von Außenpolitik

Elise Kopper

Dass Prävention, insbesondere die zivile Krisenprävention (ZKP), keinen Spitzenplatz auf der Agenda der deutschen Außenpolitik innehat, ist mittlerweile eine Binsenweisheit. Dass sie im Vergleich zum Militärbudget mit viel zu geringen Mitteln ausgestattet ist, ebenfalls. Viel ist über die Gründe geschrieben worden: Zivile Krisenprävention sei zu wenig mediantauglich, zu kompliziert und deshalb zu schwer vermittelbar, ihre Erfolge seien kaum nachweisbar und die Tagespolitik mit ihren akuten Krisen sei sowieso viel zu dominant. Dies mag alles zutreffen. Und doch hat sich die ZKP in den letzten 20 Jahren einen festen, kleinen Platz in der deutschen Außenpolitik gesichert. Gerade in den letzten Monaten erfährt sie neue Aufmerksamkeit im Auswärtigen Amt – und bekommt nun auch von unerwarteter Seite Unterstützung.

Die zivile Krisen- oder Konfliktprävention kam in den 1990er Jahren erstmals prominent auf die bundespolitische Tagesordnung und wurde 1998 als außenpolitisches Ziel und Instrumentarium in den rot-grünen Koalitionsvertrag aufgenommen. Seitdem hat sich mit dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), dem Ressortkreis Zivile Krisenprävention, dem Beirat Zivile Krisenprävention, dem Unterausschuss Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln, der dem Auswärtigen Ausschuss untergeordnet ist, sowie mit dem Forum Ziviler Friedensdienst, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung oder der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) sowohl auf staatlicher als auch auf zivilgesellschaftlicher Seite eine beeindruckende Landschaft auf dem noch jungen Politikfeld entwickelt.

Trotzdem, so die Klage vieler BeobachterInnen der Szene, sei die ZKP weiterhin ein Nischenthema der Außenpolitik, noch immer werde viel zu spät auf Krisen reagiert und eine kriegerische Eskalation von Konflikten damit zu selten verhindert. Die knappen Ressourcen des Auswärtigen Amtes würden viel zu sehr durch das tagesspolitische Geschehen in Beschlag genommen und nicht in eine weitsichtige, vorausschauende Politik investiert.

Die neue Abteilung „S“ im Auswärtigen Amt

Auf diese Kritik hat nun das Auswärtige Amt (AA) reagiert. Als Folge des partizipativen Projektes „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“⁽¹⁾ wurde Anfang 2015 eine gänzlich neue Abteilung im AA geschaffen. Sie soll die bisher breit im Ministerium gestreuten Kompetenzen in den Bereichen Krisenfrüherkennung, Prävention und Krisenmanagement bündeln. Selbst einige Mainstream-Medien wie die Online-Ausgaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Zeit und der Süddeutschen Zeitung berichteten über diese Umstrukturierung – eine Aufmerksamkeit, die dem Politikfeld Krisenprävention sonst nur äußerst selten zuteilwird. Diese neue Abteilung „S“ für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge ist neben den im Namen aufgeführten Themenfeldern auch für die humanitäre Hilfe zuständig und soll gerade bei der Zusammenführung der in Deutschland vorhandenen Expertise im Bereich der Frühwarnung eine größere Rolle spielen.⁽²⁾ Und auch wenn die Abteilung in den letzten knapp zwölf Monaten seit ihrer Gründung zunächst einmal viel mit sich selbst und dem eigenen Aufbau beschäftigt war, so setzt sie gerade auf dem Gebiet der Vernetzung mit der Zivilgesellschaft schon jetzt erste eigene Akzente. Im gleichen Zuge soll auch die interministerielle Zusammenarbeit weiter intensiviert und verbessert werden: Die neu geschaffene, ressortübergreifende so genannte

„Steuerungsgruppe“ soll den Schritt von einer „konsularischen“ zu einer „politischen“ Betrachtung von Krisen gehen und analysieren, welches Ministerium welche konkreten Beiträge zur Entschärfung einer drohenden oder akuten Krise leisten kann. Das Gremium soll nach Möglichkeit auf Abteilungsleitererebene tagen und den bereits etablierten Ressortkreis ZKP nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Krisenprävention auch im neuen Weißbuch?

Auch im neuen Weißbuch zur Sicherheitspolitik, das maßgeblich vom Bundesverteidigungsministerium geschrieben und redigiert wird und im Sommer 2016 erscheinen soll, will das AA Akzente in Richtung Krisenprävention setzen. Das Weißbuch ist traditionell zweigeteilt, in einen „politischen“ und einen „militärischen“ Teil. Insbesondere bei der Formulierung des ersten Teils hat das Außenministerium ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. So ist es durchaus möglich, dass sich die neue, vorsichtige Priorisierung der Krisenprävention in der Außenpolitik auch im Weißbuch widerspiegeln wird. Dies umso mehr, als dass sich an den Weißbuch-Prozess ein weiterer Prozess anschließen soll, der federführend im AA stattfinden und ein „Leitbild Zivile Krisenprävention“ zum Ziel haben soll. Was genau dieses Leitbild-Dokument am Ende sein wird – vielleicht gar die von vielen Seiten seit langem geforderte, ressortübergreifend verbindliche, nationale Friedens- und Sicherheitsstrategie? –, das scheint zur Zeit noch offen zu sein. Wohl ist aber bereits jetzt geplant, dass das Leitbild ZKP an die Inhalte des Weißbuchs anknüpfen soll, dass im Umkehrschluss also der politische Teil des Weißbuchs schon so formuliert werden muss, dass er dem später entstehenden Leitbild ZKP – für das die verantwortlichen Menschen im AA mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits ein paar Gedanken im Hinterkopf haben – nicht widerspricht. Der Leitbild-Prozess soll nach Veröffentlichung des Weißbuchs noch im Jahr 2016 mit einer Outreach-Phase starten, an deren Konzeption auch der zivilgesellschaftliche Beirat ZKP beteiligt werden soll. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Sommer 2017 soll das Dokument fertig sein.

Man merkt: Es ist einiges im Umbruch in der deutschen Außenpolitik und im Auswärtigen Amt. Und es sind einige Ansätze auszumachen, die Anlass zur Hoffnung geben, dass Krisenfrüherkennung und Krisenprävention in den kommenden Jahren zumindest eine etwas größere Rolle spielen könnten als bisher. Sogar ein ressortüber-

greifendes „Lageanalysezentrum“ im Bundeskanzleramt, in dem Ministerien, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kirchen und weitere relevante AkteurInnen gleichberechtigt zusammen an einem Tisch sitzen und über Handlungsmöglichkeiten bei schwelenden und akuten Krisen beraten sollen, ist im Gespräch.

Krisenprävention und Fluchtbewegungen

Möglicherweise öffnet sich gerade ein „window of opportunity“, ein Fenster der Gelegenheit, um die zivile Krisenprävention wieder prominenter auf der politischen Tagesordnung zu platzieren. Denn mit den zahlreichen Geflüchteten, die gerade im vergangenen Jahr die europäischen Grenzen überschritten haben, stehen die Folgen nicht verhinderter gewaltsamer Konflikte buchstäblich direkt vor unserer Tür und begehren – völlig zurecht! – Einlass. Dieser Zusammenhang zwischen nicht erfolgter Prävention und Fluchtbewegungen wird nun auch Personenkreisen bewusst, die sich bisher – um es vorsichtig auszudrücken – eher weniger für die ZKP interessiert haben. Als Indiz dafür genügt ein Blick in den Bundeshaushalt 2016. Dort wurden die Mittel im Haushaltstitel des AA für Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung, die in den letzten Jahren konstant bei 95 Mio. Euro lagen, kurzfristig und selbst für viele Insider durchaus überraschend auf immerhin 248,5 Mio. Euro deutlich erhöht.⁽³⁾ Diese Gelder sollen laut CDU/CSU-Bundestagsfraktion explizit für die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Stabilisierung von Nachbarländern von Krisenstaaten genutzt werden, um dadurch wiederum die Kommunen hier vor Ort zu entlasten.⁽⁴⁾ Also mehr Krisenprävention, damit nicht noch mehr Geflüchtete herkommen und uns hier vor Ort Kosten und Probleme bereiten? So zynisch es klingen mag – dieses Argument ist eines, das „zieht“. Ökonomische Gründe wurden schon immer als ein Argument für die Förderung von ZKP angeführt. Und dies ist angesichts begrenzter staatlicher Ressourcen auch durchaus legitim, solange es eben nur EINS von vielen Argumenten bleibt und die humanitären, ethischen und politischen Argumente nicht überdeckt. Die Friedensszene sollte die neuen Entwicklungen im Auswärtigen Amt genau beobachten und das Fenster der Gelegenheit nutzen, solange es geöffnet ist, um ihre eigenen Argumente für die ZKP zu platzieren. Der bald beginnende Leitbild-Prozess könnte dafür eine gute Gelegenheit sein.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt wird ausführlich beschrieben im Abschlussbericht „Review 2014 – Krise. Ordnung. Europa“, der über das Auswärtige Amt zu beziehen ist. Alle Infos auch online unter: <http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/themen.html> (alle Websites zuletzt abgerufen am 17.01.2016).
- 2 Die folgenden Ausführungen zum Weißbuch-Prozess, zum Leitbild-Prozess und zu den Entwicklungen im Auswärtigen Amt basieren zum großen Teil auf Erkenntnissen aus Vorträgen und Gesprächen, die im Rahmen der Tagung „Friedens- und Außenpolitik im neuen Weißbuch“ vom 16. bis 18. November 2015 in der Evangelischen Akademie Loccum stattgefunden haben.
- 3 Ausführlich zu den Mitteln für die ZKP im Bundeshaushalt vgl. die Stellungnahme „Friedensförderung, Konflikttransformation und Krisenprävention: Politische Leitbilder des Bundeshaushaltes?“ des SprecherInnenrats der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, online unter: http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/stellungnahme_pzk_zum_bundeshaushalt_2016_korr.pdf.
- 4 Vgl. Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thema des Tages am 07.09.2015, „Kommunen bei Flüchtlingsarbeit entlasten“, online unter: <https://www.cducusu.de/themen/europa-aussenpolitik-und-verteidigung/kommunen-bei-fluechtlingsarbeit-entlasten>.

Elise Kopper ist Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung und arbeitet beim Frauennetzwerk für Frieden.

FLUCHT

Gegen Gerüchte über AsylbewerberInnen

Immer wieder werden Geschichten erzählt, in denen Flüchtlinge die unmöglichsten Dinge tun: Sie stehlen, überfallen wehrlose BürgerInnen oder vergewaltigen sogar Minderjährige. Doch dann stellen sich all diese Geschichten als Lügen heraus, die gestreut werden, um die Stimmung in der Bevölkerung gegen Geflüchtete anzuheizen. Gerade rechte Gruppierungen und Parteien wie Pegida oder die AFD nutzen diese Lügengeschichten um WählerInnen und AnhängerInnen für sich zu gewinnen. Aufgrund der hohen Anzahl von Falschmeldungen wurde eine Website geschaffen, die sich „Hoaxmap“ nennt, die solche Lügengeschichten aufdecken will: <http://hoaxmap.org/>

Gewaltprävention und zivile Konfliktbearbeitung als Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit

Elisabeth Strohscheidt

Mindestens 62 Prozent der ärmsten Menschen werden Berechnungen der OECD zufolge im Jahr 2030 in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten leben. Etwa jeder vierte Mensch weltweit lebte Angaben der Weltbank zufolge 2010 in Regionen, die immer wieder durch politische und kriminelle Gewalt bestimmt waren. Besonders häufig betroffen waren und sind Menschen, die ohnehin in Armut und Ausgegrenztheit leben. Tagtäglich erfahren sie, dass das, was sie aufbauen, um sich aus eigener Kraft aus der Armut zu befreien, angesichts von Krieg und Gewalt wieder zunichte gemacht wird. Eine Zukunft für ein Leben „frei von Furcht und Not“, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte es in ihrer Präambel für alle Menschen fordert, ist ihnen kaum möglich.

Erwartungen an die Sustainable Development Goals (SDGs)

Vom 25.–27. September 2015 wurden auf dem UN-Gipfel in New York unter dem Motto „Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“ neue Globale Nachhaltigkeitsziele, kurz SDGs (Sustainable Development Goals), verabschiedet.⁽¹⁾ Die Tatsache, dass die Ziele ohne formale Abstimmung von der UN-Generalversammlung angenommen wurden, zeigt die große Zustimmung unter den UN-Mitgliedsstaaten. Die 17 SDG-Ziele sind an die Stelle der 2015 ausgelaufenen Millennium Development Goals (MDGs) getreten. Sie nehmen nicht nur Entwicklungsländer, sondern ebenfalls die Industrienationen in die Pflicht. Auch Deutschland und die EU sind daher gefordert, eine umfassende Umsetzung der Ziele voranzutreiben. „Kein Land, so reich und mächtig es auch sein mag, kann auf Dauer seinen Wohlstand erhalten, ohne die Perspektiven und das Wohlergehen der anderen Länder zu berücksichtigen“, so Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler, Mitglied des Hochrangigen UN-Panels zur Post 2015-Agenda.⁽²⁾

Es ist ein großer Erfolg, dass die Agenda 2030 die wechselseitige Abhängigkeit von nachhaltiger Entwicklung und Frieden explizit anerkennt, und dass sich dieser Gedanke durch das gesamte Dokument zieht. Daneben enthält die Agenda mit SDG 16 noch ein eigenes, konkretes Friedensziel, das die Schaffung von „friedlichen und inklusiven Gesellschaften“ fordert. Zwölf Unterziele konkretisieren das

Oberziel. „Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.“ Dieser Satz aus der Präambel der Agenda 2030 mag banal klingen. Das Gegenteil ist der Fall.

Auf die Umsetzung kommt es an

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bezeichnet die Agenda 2030 als den „neue[n] Zukunftsvertrag für die Welt“. Das ist ehrgeizig, aber auch beschönigend. Ein Vertrag enthält einklagbare Verpflichtungen. Die Umsetzung der Agenda 2030 hängt vom politischen Willen der Staaten, von ihren Prioritäten und Interessen und von ihrer Durchsetzungsfähigkeit ab. Rechtsverbindlich ist die Agenda nicht. Umso wichtiger ist es, gerade auch von Seiten der Zivilgesellschaft, die Umsetzung der Ziele im Blick zu behalten.

Die Nationalstaaten sind aufgefordert, Indikatoren für die Umsetzung der SDGs und ihrer zahlreichen Teilziele zu entwickeln, die den unterschiedlichen nationalen Bedingungen Rechnung tragen. Daneben betont die Agenda die Notwendigkeit einer „globalen Partnerschaft“ zur Erreichung der Ziele. Public-private-partnerships und Multi-Stakeholder-Foren wird große Bedeutung zugemessen; ein diskriminierungsfreies Handelssystem soll im Rahmen der Welthandelsorganisation gefördert werden. Die Realität ist davon weit

entfernt. Von großer Bedeutung wird sein, bei der wichtigen Entwicklung von Indikatoren nicht im quantitativ Messbaren und Technokratischen steckenzubleiben und das Gesamtziel im Auge zu behalten. Die Agenda 2030 kann und sollte als eine Art Wegweiser gesehen und genutzt werden, der bei politischen Entscheidungen immer wieder die Richtung vorgeben sollte, in die es gehen kann und muss. Dies gilt bei Weitem nicht nur für die Entwicklungspolitik, sondern ebenso für Außen-, Außenwirtschafts- sowie Sicherheits- und Friedenspolitik.

Für eine kohärente Friedenspolitik

Eine kohärente Friedenspolitik ist zur Erreichung der SDGs unabdingbar. Nur wenn alle Politikfelder sich die Ziele zu eigen machen, sind sie nachhaltig umsetzbar. Leider zeigt das Beispiel des kürzlich beschlossenen Bundeswehreinsetzes in Syrien mehr als deutlich, dass wir noch sehr weit von einer solchen kohärenten Politik entfernt sind.⁽³⁾

Im Juni 2016 will die EU die Ergebnisse der Diskussion um ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Form einer neuen „EU Global Strategy“ veröffentlichen. Die „European Think Tanks Group“ mahnte im Januar 2016 an, dass die SDGs hier den Weg hin zu einer kohärenten Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, über alle Politikbereiche und Spannungen hinweg, ebnen könnten, aber leider in der Diskussion bislang noch wenig beachtet werden. Gleiches kann für den Weißbuchprozess gesagt werden. Das

neue Weißbuch soll voraussichtlich im Sommer 2016 veröffentlicht werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die teilweise am Diskussionsprozess beteiligt waren, befürchten ein Auseinanderklaffen des einleitenden Teils, für dessen Formulierung das Auswärtige Amt maßgeblich ist und das einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde legen und sich am Ziel „menschlicher Sicherheit“ orientieren soll, und dem Hauptteil, der sich mit der konkreten Rolle und Aufgabe der Bundeswehr befassen wird – also mit der vorrangigen Aufgabe eines Weißbuches. Wie werden die beiden Teile zusammengehen? Wie sehr wird das Weißbuch die dringend notwendige Ergänzung um ein „Leitbild Frieden“ beeinflussen oder vorbestimmen?

Wenn wir die weitere Ausbreitung von Gewalt und Terrorismus beenden wollen, müssen wir lernen, friedenslogisch zu denken, und zwar auf der Grundlage des Ziels eines „positiven“ oder „großen“ Friedens, der die Abwesenheit nicht nur physischer, sondern auch struktureller Gewalt beinhaltet. Sicherheit, die nachhaltig sein will und soll, muss als Teil von Frieden verstanden und gedacht werden – nicht umgekehrt. *„Friedensethisch gefordert ist die Orientierung nationalstaatlicher, interessenbasierter Außen- und Sicherheitspolitik am Ziel des Weltgemeinwohls, das auf gesellschaftliche Bedingungen zielt, die einer Person ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. [...] Interessenpolitik, auch Sicherheitspolitik, muss mithin die Fundamentalstandards der Menschenrechte respektieren.“*⁽⁴⁾ So der Katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck kürzlich in der Zeitschrift Kompass.

Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Die Formen der Bedrohung menschlicher Sicherheit haben sich in den vergangenen 30 Jahren verändert. Soziale Spannungen aufgrund ungleicher und ungerechter Verteilung begrenzter Ressourcen, gewaltsam ausgetragene lokale Konflikte zwischen ethnischen oder religiösen Gruppen – deren Ursachen oft in der genannten ungleichen Verteilung begrenzter Ressourcen begründet liegt –, Terrorismus, staatliche Repression und organisierte Kriminalität fordern inzwischen mehr Tote als „klassische“ Kriege und Bürgerkriege. 6 Millionen Kinder sterben allein jedes Jahr an Hunger und damit verbundenen Krankheiten, so der frühere UN-Sonderberichtsersteller für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler auf seiner Website. Um dies zu än-

dern, muss Entwicklungszusammenarbeit daher auch an den strukturellen Ursachen von Armut und Gewalt ansetzen. Neben der „Hilfe zur Selbsthilfe“ in den klassischen Bereichen der EZ, wie Gesundheit, Ernährung, Bildung, Wohnen etc. gewinnen Projekte, die die in Armut lebenden Menschen befähigen, sich gewaltfrei gegen Strukturen und Systeme aufzulehnen, die Ungleichheit und Unsicherheit hervorbringen oder perpetuieren, an Bedeutung. Diejenigen zu schützen, die – zum Teil unter Gefahr für Leib und Leben – schlechte Regierungsführung anprangern oder sich gegen ökonomische Interessen zur Wehr setzen, die den Reichtum Weniger mehren und die Armut vieler fördern, ist und bleibt eine große Herausforderung für EZ-Organisationen.

Wie eng Armut und (Un-)Sicherheit zusammenhängen, auch in als „stabil“ eingestuften Staaten, zeigt aktuell das Beispiel Philippinen. Nach 40 Jahren bewaffnetem Konflikt und rund 17 Jahre dauernden Verhandlungen stand für die Region Bangsamoro – eine größtenteils von Muslimen bewohnte Region auf Mindanao, der zweitgrößten und ressourcenreichen Insel im Süden der Philippinen – die Unterzeichnung eines Gesetzes kurz bevor, das der Region weitgehende Autonomie beschert hätte und das wirtschaftlichen Aufschwung für diese ärmste Region des 7.000-Insel-Staates versprach. Im Januar 2015 führte ein schlecht geplanter und völlig misslungener Anti-Terror-Einsatz dazu, dass innerhalb kürzester Zeit alte Vorurteile gegen die muslimische Bevölkerung wieder die Oberhand über die Vernunft gewannen. Die Verhandlungen im Parlament wurden für einige Zeit auf Eis gelegt, der Gesetzentwurf in wesentlichen Punkten verwässert. Inzwischen ist klar, dass das Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet wird. Bereits 2008 hatte ein vergleichbares Scheitern eines Friedensvertrages dazu geführt, dass die Gewalt neu ausbrach, und die Philippinen in dem Jahr die höchste Anzahl intern Vertriebener weltweit verzeichneten. Misereor-Partnerorganisationen auf den Philippinen werden sich weiter mit Nachdruck für eine Fortführung der Friedensverhandlungen und der Verabschiedung des „Bangsamoro Basic Law“ einsetzen. Nur wenn die muslimische Bevölkerung Mindanaos eine echte Chance bekommt, der Armut zu entkommen, ist ein Ende der Gewalt in Sicht. Denn *„Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben, und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden“*. Für Hunderttausende Menschen

ist das mehr als ein Satz in der Präambel der Agenda 2030 – es ist bittere Alltagsrealität.

Anmerkungen

- 1 United Nations, General Assembly, Seventieth Session, Agenda items 15 and 116: Resolution 70/1, adopted on 25 September 2015: Transforming Our World: The 2030 Agenda For Sustainable Development (A/RES/70/1), 21 October 2015
- 2 Horst Köhler, zitiert nach: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Unsere Ziele für eine lebenswerte Zukunft. Die Post 2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung, Stand: April 2015, S. 9
- 3 Vgl. hierzu: MISEREOR Positionspapier: Wer den Frieden will, muss vom Frieden her denken, 08.01.2016, [www. https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/positionspapier-bundeswehreinsatz-syrien-2016.pdf](https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/positionspapier-bundeswehreinsatz-syrien-2016.pdf)
- 4 Franz-Josef Overbeck, in: Kompass – Soldat in Welt und Kirche, Heft 11/15, S. 4. Das Heft 11/15 des Kompass widmet sich in seinem Schwerpunkt dem Weißbuchprozess.

Weitere Quellen

- Baxmann, Marc: Kooperation statt Konfrontation – Die Friedensdimension der Agenda 2030. In: politischeökologie 143 (2015), S. 61 ff.
- European Think Tanks Group: The European Union's Global Strategy: putting sustainable development at the heart of the EU external action, January 2016
- World Bank, World Development Report 2011: Conflict, Security, and Development

Elisabeth Strohscheidt ist Fachreferentin für Friedensförderung und Konflikttransformation beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR. Von 2003 bis 2012 war sie als Menschenrechtsreferentin in der damaligen Abteilung Entwicklungspolitik des katholischen Hilfswerkes für die Entwicklungszusammenarbeit tätig.



Netzwerk Friedenskooperative

Network of the German Peace Movement

An das
Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88

53111 Bonn

per Fax: 0228 / 692906 – eMail: frikoop@friedenskooperative.de

- Bestellszettel – FriedensForum

FriedensForum 2/2016

Ich / Wir bestellen:

_____ Friedensforum 2/2016 „Krieg in Europa“
(Kosten: 4,50 EUR, ab 5 Ex. 3 EUR zzgl. Porto [min. 1,50 EUR oder nach Aufwand])

_____ Friedensforum 1/2016 „Islamischer Staat“
(Kosten: 4,50 EUR, ab 5 Ex. 3 EUR zzgl. Porto [min. 1,50 EUR oder nach Aufwand])

_____ Friedensforum 6/2015 „Militarisierung der Jugend“
(Kosten: 4,50 EUR, ab 5 Ex. 3 EUR zzgl. Porto [min. 1,50 EUR oder nach Aufwand])

Zustellung bitte an folgende Adresse:

Organisation/Gruppe:

Name:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ, Ort:

eMail:

Datum, Unterschrift:

Stand: 3/2016